

BUND Kreisgruppe Kaiserslautern, Trippstadter Str. 25, 67663 Kaiserslautern

Kreisgruppe Kaiserslautern
Trippstadter Str. 25
67663 Kaiserslautern
Telefon: (0631) 310 90 223
Fax: (0631) 61731
E-Mail: bund-kl@bund-rlp.de
<http://kaiserslautern.bund.net>

10.9.17

Wahlprüfsteine Umwelt zur Parlamentswahl 2017

Sehr geehrter Wahlkreiskandidat!

Als gemeinnütziger Verein vertritt der BUND deutschlandweit etwa 585.000 Mitglieder und in Stadt und Landkreis Kaiserslautern ca. 1000 Mitbürger - sowie die Interessen von Natur und Umwelt, auch künftiger Generationen.

Anlässlich der anstehenden Wahl zum Deutschen Bundestag, für den Sie kandidieren, möchten wir Ihren Standpunkt zu den unserer Ansicht nach wichtigsten Fragen zur Umweltpolitik erfahren. Ihre Antworten werden wir auf unserer Internetseite veröffentlichen.

Für eine Beantwortung bis zum 18.9.17 wären wir Ihnen sehr dankbar.

A- Klimaschutz und Energie

Die Klimakrise ist da – 2016 war das wärmste Jahr seit Beginn der Wetteraufzeichnungen. Zugleich verpflichtete sich auch Deutschland im Pariser Klimaabkommen, die Erderwärmung auf maximal 1,5 Grad zu begrenzen.

1. Halten Sie es für notwendig, die Treibhausgase in allen Bereichen drastisch zu reduzieren?

Antwort: Ja. DIE LINKE befürwortet nationale Klimaschutzziele, die in einem Klimaschutzgesetz verankert werden müssen. So wollen wir, dass die Bundesrepublik den Ausstoß von Treibhausgasen bis 2020 um 40 Prozent gegenüber dem Jahr 1990 verringert, bis 2030 um 60 Prozent und bis 2050 um 95 Prozent.

2. Sind Sie für ein Ende der Kohleförderung (Tagebau) und -verstromung in Deutschland deutlich vor 2030?

Antwort: DIE LINKE fordert ein Kohleausstiegsgesetz, das den Neubau von Kohlekraftwerken und neue bzw. erweiterte Tagebaue verbietet sowie Restlaufzeiten für jeden Meiler festschreibt. Die Abschaltung der Meiler soll mit einem Abschaltplan 2018 beginnen

und spätestens 2035 abgeschlossen sein. Der Ausstieg muss sozial abgesichert sein, u.a. über einen Strukturwandelfonds in Höhe von jährlich 250 Mio. Euro. Auf der fossilen Erzeugung sollte zudem über einen reformierten Emissionshandel sowie zusätzlich über nationale Regularien (da die in Europa absehbaren Änderungen am ETS nicht ausreichen werden) ein relevanter CO₂-Preis liegen. Dieser sollte der Höhe nach beispielsweise im Stromsektor gewährleisten, dass die jeweils dreckigsten verbliebenen Kohlekraftwerke ihre Erzeugung entsprechend drosseln, wenn genug Wind- und Solarstrom zur Verfügung steht. Instrumente dafür wären nationale CO₂- Mindestpreise im Emissionshandel, die Neuauflage der leider seinerzeit vor der Einführung in der Koalition gescheiterten BMWi-Klimaabgabe für Kohlekraftwerke oder eine CO₂-Steuer auf fossile Brennstoffe. Für den notwendigen Kohleausstieg sehen wir allerdings nicht CO₂-Preise als das effizienteste Mittel an, sondern den oben genannten gesetzlichen und sozial abgesicherten Abschaltplan. Dieser liefert Planbarkeit für Beschäftigte, Regionen und Unternehmen.

3. Bis wann strebt Ihre Partei an, die Stromerzeugung vollständig auf erneuerbare Energien umzustellen?

Antwort: Wir wollen den Ökostromanteil auf 43 Prozent bis zum Jahr 2020, 70 Prozent bis 2030 und auf 100 Prozent bis 2040 erhöhen. Bis 2040 sollten auch der Wärme- und Verkehrsbereich auf regenerativen Energien umgestellt sein. Für die nahe Zukunft fordern wir die Abschaffung der Ökostrom-Ausbaudeckel und mehr regenerative Wärme. In den Bundesländern kämpfen wir gegen die vollzogenen bzw. in der Debatte befindliche 10-H-Regelung. Gleichwohl müssen die Planungen intelligenter und bürgerfreundlicher werden, damit der Ausbau nicht an Akzeptanzproblemen scheitert. Hierzu zählen u.a. erweiterte Partizipationsmöglichkeiten für Bürger*innen, aber auch eine bessere Einbeziehung des Landschaftsbildes. Für mehr regenerative Wärme sollte die Energie-Einsparverordnung und das Erneuerbare-Energie-Wärme-Gesetz in einem Gebäudeenergiegesetz so miteinander verzahnt werden, dass ein Zuwachs von EE-Wärme auf mindestens 20 Prozent bis 2020 ermöglicht wird. Für fossile Heizungen darf es keine Förderungen mehr geben, mittelfristig sollte ihr Einbau verboten werden. Im Verkehrsbereich fordern wir Vorfahrt für Schiene und E-Busse, die mit einem möglichst hohen Anteil von Ökostrom betrieben werden.

4. Sind Sie dafür, in der nächsten Legislaturperiode eine CO₂ und Brennelementesteuer -notfalls auch im nationalen Alleingang- einzuführen?

Antwort: Neben dem nationalen CO₂-Preis, der im Stromsektor als Ergänzung unseres Kohleausstiegsgesetzes eingeführt werden sollte, könne wir uns eine CO₂-Steuer auf fossile Heizstoffe vorstellen, sofern im Gegenzug die Stromsteuer abgeschafft wird und darüber hinaus eine Rückverteilung der Einnahmen aus dieser Steuer an die Bürgerinnen und Bürger nach Schweizer Modell stattfindet. Die Steuer sollte bei den Inverkehrbringern von Öl und Gas für Heizzwecke erhoben werden. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass die Brennelementesteuer bis zum Ende der Laufzeit sämtlicher Atomkraftwerke weitergeführt wird.

Antwort: Ich denke, dass mehr unabhängige, qualifizierte und zertifizierte Energieberaterinnen und -berater helfen könnten, Energie zu sparen. Dazu braucht es eine Ausbildungsoffensive. Energieberatung sollte eine fachgerechte und kostengünstige energetische Sanierung sowie eine energiesparende Nutzung der sanierten Wohnungen und Häuser zum Ziel haben. Sie sollte sowohl für Hauseigentümer als auch für Mieterinnen und Mieter verpflichtend sein. Wichtig ist auch, dass Unternehmen mit verbindlichen gesetzlichen Vorgaben zur Minimierung des Energieverbrauchs geführt werden, Effizienz-Management-Systeme, sogenannte Energie-Audits und ihre Umsetzung, sollten verpflichtend sein. Energieversorger könnten beispielsweise angehalten werden, jährliche Energieeinsparungen von 1,5 Prozent bei ihren Kundinnen und Kunden zu erzielen. Ein Energiesparfonds soll private Haushalte, Unternehmen und Kommunen beim Energiesparen unterstützen. Ausgestattet mit jährlich 2,5 Milliarden Euro sieht er auch spezielle Förderprogramme für einkommensschwache Haushalte vor. Neben neuer Technik, Investitionen und Grenzwerten muss es auch um einen Wandel der Lebensstile gehen. Dies ist nicht allein Aufgabe jedes Einzelnen, sondern hängt von politischen Rahmenbedingungen ab. Mehr soziale Sicherheit und mehr Zeitwohlstand würden ein Leben mit mehr individuellen Freiräumen, aber weniger Konsum- und Erwerbsdruck ermöglichen.

6. Werden Sie dafür stimmen den Ausstieg aus der Kernenergie zu beschleunigen und in der Verfassung festzuschreiben?

Antwort: Ja. DIE LINKE fordert einen unverzüglichen und unumkehrbaren Atomausstieg. Die Restlaufzeiten der noch laufenden Atomkraftwerke sollen deutlich verkürzt werden, so dass spätestens Ende 2017 das letzte Atomkraftwerk in Deutschland vom Netz geht. Für einen wirklichen Ausstieg aus der Atomwirtschaft müssen auch die Urananreicherung in Gronau und die Fertigung atomarer Brennelemente in Lingen umgehend beendet werden. Der Export von hochradioaktiven Abfällen aus allen Atomanlagen ist generell zu untersagen.

B- Verkehr

Die Zunahme der motorisierten Mobilität und die Ausweitung des Warenverkehrs verursachen neben der weltweiten Klimakatastrophe auch vielfältige lokale bis nationale Schäden wie Lärm, Unfälle, Zerschneidung der Landschaft, Krankheiten, Verödung der Städte. Eine „Verkehrswende“ ist daher unausweichlich.

1. Welches Verkehrsmittel nutzen Sie überwiegend in Alltag, bei der Arbeit und im Urlaub?
2. Welches Verkehrsmittel halten Sie auf lokaler bis nationaler Ebene für am geeignetsten um die angesprochenen Probleme abzumildern und wie sollte dieses gefördert werden?
3. Sollten die Nutzer der verschiedenen Verkehrsmittel zumindest finanziell die von verursachten Schäden ausgleichen? Sind Sie beispielsweise für eine EU-weite Anhebung der Mineralöl- und Flugbenzinsteuern auf ein entsprechendes Maß?
4. Sollen KFZ, die die Abgasnormen nicht erfüllen, die Betriebserlaubnis entzogen werden?

5. Halten Sie es für richtig, daß statt einer Verkehrswende (weg vom MIV, mehr ÖPNV +Bahn+Rad) immer noch eine Vielzahl von Straßen neu- und ausgebaut wird? Als Beispiel aus unserer Region sei die Ortsumgehung der B 270 Olsbrücken genannt.

Sind Sie für die öffentliche Subventionierung von Bau und Betrieb von Flughäfen?

Antwort im Block: Für DIE LINKE ist die Verkehrswende ein zentrales Ziel. Wir wollen, dass der Umweltverbund (zu Fuß, per Rad, mit öffentlichem Nahverkehr) Vorrang gegenüber dem motorisierten Individualverkehr (MIV) bekommt und die Verkehrsplanung auf allen Ebenen zu einer Mobilitätsplanung entwickelt wird. Dazu gehört, den öffentlichen Verkehrsraum zugunsten des Umweltverbundes neu aufzuteilen. D.h. Verkehrsberuhigung (Tempo 30 innerorts, 120 km/h auf Autobahnen), ein Netz aus komfortablen, breiten und sicheren Geh- und Radwegen, mehr Querungshilfen (Zebrastreifen, Mittelinseln, Gehwegnasen u.a.), fußgänger- und fahrradfreundliche Ampeln, echte Fahrradstraßen, gute Fahrradabstellanlagen, Fahrradstationen, Leihradsysteme, Car-Sharing sowie ein massiver Ausbau des öffentlichen Verkehrs mit Bus und Bahn (neue Strecken, dichtere Taktfolge, sinkende Fahrpreise u.a.). Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur müssen wesentlich nachhaltiger erfolgen als bisher. Vorrang haben der seit Jahrzehnten vernachlässigte Erhalt der Verkehrswege und der Ausbau des öffentlichen Verkehrs. Neue Autobahnprojekte lehnt die Fraktion DIE LINKE ebenso ab wie die Kanalisierung von Flüssen. Deshalb will die Fraktion DIE LINKE eine grundlegende Reform der Bundesverkehrswegeplanung und erheblich bürgerfreundlichere Planungsverfahren. Die Subventionierung des Flugverkehrs muss beendet werden. Es muss endlich eine EU-weite Kerosinsteuer eingeführt werden. Strenge CO₂-Grenzwerte für neue Pkw und Lkw müssen eingehalten werden.

C- Globalisierung

Die Menschheit lebt immer schneller über ihre Verhältnisse: Global betrachtet war der diesjährige Erdüberlastungstag am 2. August (1987 war es noch der 19.12.). Deutschland hatte sein ökologisches Konto bereits am 24.4.17 überzogen. Das geplante Freihandelsabkommen TTIP zwischen der EU und den USA sowie das CETA-Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada sind nicht geeignet, einen fairen Welthandel zu fördern, der auf ökologischen und sozialen Grundsätzen basiert und diese Entwicklung bremsen kann.

1. Soll der existierende CETA-Vertrag in der ausgehandelten Form ratifiziert werden?
2. Dürfen internationale Konzerne außerhalb der nationalen Justiz Sonderklagerechte erhalten?
3. Sind in der internationalen Handels- und Rohstoffpolitik die Belange des Klima-, Umwelt- und Artenschutzes sowie der Entwicklungszusammenarbeit ausreichend berücksichtigt? Falls nein- wie sollten die Defizite beseitigt werden?
4. Die Weltbevölkerung steigt laut VN-Prognosen von derzeit 7,6 bis 2050 auf knapp 10 Milliarden an. Bei gleichzeitig angestrebter Ausweitung des Wohlstands ist eine Ausweitung der Verteilungskämpfe und Migrationsbewegungen absehbar? Wie wollen Sie diese Entwicklung bremsen?

5. Umweltschädliche Subventionen müssen gestrichen, die Finanz- und Handelssysteme sozial-ökologisch umgebaut werden. Welche weiteren Grundlagen internationaler Handelsabkommen sehen Sie für wichtig an?
6. Der Ressourcenverbrauch ist drastisch zu reduzieren. Ressourcenschonende Produkte und Produktionsweisen müssen umfassend gefördert werden. Sehen Sie z.B. in einer verminderten Mehrwertsteuer auf Reparaturen, Entlastung von Abgaben auf Arbeit und stattdessen Verteuerung von Roh- und Brennstoffen ein geeignetes Regulierungsinstrument?

Antwort im Block:

Die internationale Handels- und Rohstoffpolitik zeichnet sich durch unfaire Handelsbeziehungen, durch das Erstarken der großen Agrarkonzerne und durch rücksichtslos agierende transnationale Konzerne aus. Die Belange des Klima-, Umwelt- und Artenschutzes sowie der Entwicklungszusammenarbeit werden darin keineswegs ausreichend berücksichtigt. Immer wieder werden sie durch Profitinteressen großer Konzerne verletzt und ausgehöhlt. Die weltweite Ungleichheit zwischen Arm und Reich wächst durch Ausbeutung in unfairen Handelsbeziehungen, das Erstarken der großen Agrarkonzerne, rücksichtslos agierende transnationale Konzerne und den durch die Industrieländer in erster Linie zu verantwortenden Klimawandel. Verteilungskämpfe und Migrationsbewegungen hängen fast immer mit der weltweiten Ungleichheit zwischen Arm und Reich zusammen. Die Bundesrepublik Deutschland stützt und verschärft oft bestehende Konflikte – indem Waffenexporte in Krisengebiete genehmigt und indem selbst undemokratische Regime unterstützt werden, nur damit sie Fluchtwege versperren. DIE LINKE will die Ursachen von Flucht und Vertreibung bekämpfen, anstatt Flüchtende zu bekämpfen und deren Fluchtwege zu blockieren. Im Zentrum steht das Recht, nicht migrieren zu müssen. Aus diesem Grund kämpfen wir für eine solidarische, gerechte Weltwirtschaftsordnung, gegen Krieg und Rüstungsexporte, gegen Landraub, für faire Produktionsverhältnisse, für Demokratie und Menschenrechte, weltweit.

Freihandelsabkommen wie TTIP und CETA verschlimmern die beschriebene Entwicklung der heutigen internationalen Handels- und Rohstoffpolitik noch. Während Arbeitnehmerrechte sowie wichtige Umwelt- und Sozialstandards vollkommen ausgehebelt werden, sollen die Rechte für Investoren gestärkt werden. Die Aufnahme eines Klagerechts für Investoren gegen Regierungen vor Sondertribunalen (ISDS) halten wir für völlig inakzeptabel. DIE LINKE fordert verbindlich einzuhaltende Sozial- und Umweltstandards und deutlich höhere Steuern für transnationale Konzerne.

1. Welchen Anteil der ökologischen Landwirtschaft (derzeit 7% in D) streben Sie bis 2025 an?
2. Halten Sie eine Reform des Tierschutzgesetzes und schärfere Kontrollen für nötig?

Sind Sie bei tierischen Produkten für eine Kennzeichnungspflicht in Bezug auf die Haltungsfarm der Nutztiere und Herkunft der Futtermittel, z.B. Gentechnik?

4. Unterstützen Sie unsere Forderung nach einer gesetzlichen Begrenzung des Baus weiterer Ställe ?
5. Halten Sie es für dringlich, die Verwendung der für die menschliche Gesundheit unverzichtbaren Reserveantibiotika in der Tierhaltung einzustellen?
6. Sollten auch die sogenannten „Neuen Gentechniken“ nach dem Gentechnikrecht geregelt werden, da es sich auch dabei um Manipulationen am Erbgut handelt?

Antwort im Block: DIE LINKE. will eine sozial gerechte und ökologische Landwirtschaft mit dem Schwerpunkt auf regionaler Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung stärker fördern. Wir wollen den Anbau und den Handel mit gentechnisch veränderten Pflanzen verbieten. Wir wollen die Kennzeichnung von importierten Lebensmitteln, die aus geklonten Tieren und ihren Nachkommen hergestellt werden. Wir wollen den Anbau und den Handel mit sowie den Import von gentechnischen veränderten Pflanzen verbieten. Die heimische Produktion von Eiweißfuttermitteln wollen wir stärken und den Import für die Tierhaltung verbieten. Dieser nimmt landwirtschaftliche Flächen in Anspruch, die in den Exportländern dringend für die eigene Ernährung benötigt wird. Wir wollen eine Nutztierhaltung, die flächengebunden, auf die einheimische Nachfrage bezogen und tiergerecht ist. Dazu sollen Bestandsobergrenzen für Regionen und Standorte eingeführt werden. Formen der Nutztierhaltung mit quälenden Produktionsweisen und einem hohen Bedarf an Antibiotika wollen wir verbieten. Der Einsatz von Antibiotika und Wachstumsmitteln in der Tierzucht kann zu gesundheitlichen Risiken führen und belastet die Umwelt. Der Einsatz von Antibiotika in der Landwirtschaft muss auf zwingend notwendige Behandlungen begrenzt werden, Kontrollen müssen verschärft und Verstöße härter bestraft werden. Wir wollen den Ökolandbau ausbauen und regionale Produktions- und Verkaufsstrukturen stärker fördern. Auch genossenschaftliche Landwirtschaft und bezahlbare Bio-Lebensmittel in der Schul- und Kitaverpflegung müssen stärker unterstützt werden. DIE LINKE will landwirtschaftliche Betriebe auch in Metropolen erhalten. Dies leistet auch einen Beitrag für kurze Wege in der Versorgung mit Nahrungsmitteln.

E- Naturschutz

1. Hormonell wirksame Schadstoffe in Alltagsprodukten und Lebensmittelverpackungen, hochfrequente Funkstrahlung der mobilen Kommunikation und Nanotechnologien gefährden die Natur und Gesundheit des Menschen. Muß das Vorsorgeprinzip, der unverzichtbare Grundsatz des Umwelt- und Gesundheitsschutzes, wieder Vorrang gegenüber wirtschaftlichen Interessen haben?
2. Werden Sie sich für ein sofortiges Verbot besonders gefährlicher Pestizide wie Glyphosat und Neonikotinoide einsetzen?
3. Viele Insekten wie Bienen und Hummeln sind für die Bestäubung von Nahrungspflanzen, Obstbäumen und Blumen unverzichtbar. Bis wann sollte der vom

BUND vorgeschlagene nationale Bienenaktionsplan zum Schutz von Insekten umgesetzt werden?

4. Unterstützen Sie eine Ausweitung des Bundesprogramms „Blaues Band“ auf die Renaturierung von mindestens 5.000 Flußkilometern?
5. Sollten für die Forstwirtschaft gesetzliche ökologische Mindeststandards gelten?

Antwort im Block: Das Vorsorgeprinzip, der unverzichtbare Grundsatz des Umwelt- und Gesundheitsschutzes, muss unbedingt wieder Vorrang gegenüber wirtschaftlichen Interessen haben. Natur, Umwelt und Klima sind öffentliche Güter und unsere Lebensgrundlage, die es zu schützen gilt. Um die Natur nachhaltig zu schützen und biologische Vielfalt zu erhalten, müssen die EU-Naturschutz-Richtlinien und ihre nationalen Entsprechungen umgesetzt und finanziell gestützt werden. DIE LINKE will die Umsetzung der »Nationalen Strategie für biologische Vielfalt« zügig vorantreiben. Dafür muss ein länderübergreifend zusammenhängender Biotopverbund geschaffen werden. Öffentliche Flächen sollen öffentlich bleiben und bestehende Lücken geschlossen werden. Das Bundesprogramm »Biologische Vielfalt« wollen wir auf mindestens 50 Millionen Euro jährlich aufstocken. Wir wollen natur- und umweltzerstörende Subventionen sukzessive abbauen und die freiwerdenden Gelder in Natur- und Umweltprogramme investieren. Naturschutzflächen gehören in öffentliche Hand und dürfen höchstens an Naturschutz- und Umweltverbände vergeben werden. Das nationale Naturerbe wollen wir sichern und ausweiten – finanziert durch einen Naturerbe-Fonds. Auch über diese Flächen hinaus müssen Gebiete zur Wildnis-Entwicklung ausgewiesen werden, um das 2020-Ziel von zwei Prozent Wildnis zu erreichen. DIE LINKE will das Bundesprogramm »Blaues Band« weiterführen, umsetzen und finanziell absichern.

F- Flächenverbrauch und -nutzung

Ungeachtet der Zersiedelung ehemals ländlicher Lebensräume und des Wucherns von Städten werden nach wie vor Neubaugebiete ausgewiesen und Verkehrswege angelegt.

1. Bis wann sollte Ihrer Meinung nach der Flächenverbrauch in Deutschland auf Null reduziert werden?
2. Sollte die Sanierung und Umnutzung bereits bebauter Flächen Vorrang vor Neuerschließungen haben? Wie stehen Sie beispielsweise zu den geplanten Neubaugebieten in Enkenbach-Alsenborn und Bruchmühlbach?
3. Unterstützen Sie unsere Forderung nach der Schaffung von 200.000 Hektar natürlicher Lebensräume in den ländlichen Regionen und mit einem „Bundesnetzplan Biotopverbund“ zu verknüpfen und zu sichern?
4. Sind Sie dafür, mindestens 50 Prozent der Fläche der marinen Natura-2000-Gebiete frei von jeder Nutzung zu halten?

5. Mindestens zwei Prozent der Landfläche sollen nach Ansicht des BUND zu Wildnisgebieten und zehn Prozent der Waldfläche zu Naturwäldern werden. Welches Ziel hat Ihre Partei?

Antwort im Block: Bodenschutz ist Klimaschutz, er ist wichtig für den Wasserkreislauf als Kohlenstoffspeicher und zur Ernährungssicherung. Diese Funktionen reichen über Landesgrenzen hinaus. Deswegen setzen wir uns für eine rechtliche Verankerung des Bodenschutzes auf EU-Ebene ein. Die Neuversiegelung von Boden muss deutlich verringert werden. Neuversiegelungen dürfen nur genehmigt werden, wenn sie mit einer mindestens ebenso großen Flächenentsiegelung in der Region einhergehen. Straßenneubau darf es nur bei einem unabhängig ermittelten Bedarf geben. In den Regionalplänen müssen Entsiegelungspotenziale erarbeitet werden. DIE LINKE setzt sich ein für die Konkretisierung des Bundes-Bodenschutz-Gesetzes in Anlehnung an bestehende DIN-Normen. Wir setzen uns für eine naturnahe Waldwirtschaft und den Waldumbau in Bund, Ländern und Gemeinden ein. Das Ökosystem Wald mit seinen vielfältigen ökologischen Schutz- und Filterfunktionen muss durch eine abgestimmte Forst- und Jagdpolitik erhalten werden. Wir wollen die Privatisierung von Waldflächen verhindern, der Wald gehört allen. Privatwald soll nach Möglichkeit zurückgekauft und in öffentliches Eigentum überführt werden.

Mit freundlichen Grüßen

Alexander Ulrich

MdB DIE LINKE

Für Ihre Mühe bedanken wir uns im voraus recht herzlich. Bei Ihrer ggf. erfolgreichen Wahl in den Deutschen Bundestag werden wir bei Bedarf auf Ihre Aussagen zurückkommen!

Freundliche Grüße,

Tobias Wiesemann

BUND, Kreisgruppe Kaiserslautern